

Die Bundeszentrale für satirische Bildung präsentiert: Die Parteien des deutschen Bundestages



Vor jeder Bundestagswahl herrscht landesweit Hochspannung: Wer wird die Wahl wohl gewinnen? Die prominenteste Mitte-Links-Partei in Deutschland? Oder vielleicht doch eher Außenseiter SPD? Für Polit-Profis lautet die Frage dabei eher: Wer wird neuer Steigbügelhalter im Kabinett Merkel?

Die „Christlich Demokratische Union“ besteht, um es zu vereinfachen, aus Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihrem eher rundlichen Vasallen für Wirtschafts- und Ernährungsfragen Peter Altmaier sowie einer Saarländerin mit schwerlich aussprechbarem Namen, Annegret Krampff-Karrenhauer.

Einer der Schwerpunkte dieser einst bürgerlich-konservativen Partei ist der Schutz von Asylsuchenden, so gewährte sie unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer etlichen politisch verfolgten Würdenträgern der NS-Zeit großzügig Zuflucht. Auch die politische Integration von Minderheiten, wie Rollstuhlfahrern, Homosexuellen oder Frauen, wird hier großgeschrieben.

In der Provinz Bayern existiert seit 1945 die „Schwesterpartei“ CSU, die in ihrem Namen vor allem ihre soziale Seite betont. Mit „Superminister“ Horst Seehofer, verantwortlich für Innenministerium und Heimatmuseum, werden die bayrischen Interessen auch in Berlin gewahrt. Weshalb genau dieser blau-weiße Trachtenverein in Berlin mitreden darf, weiß in den restlichen 15 Bundesländern keiner so genau.

Für die baldige Zeit nach Merkel ist die Partei bereits hervorragend aufgestellt. Annewill Kamp-Knarrenbauer ist bereits auf dem besten Wege, die farbig vielfältigen Hosenanzüge Merkels auszufüllen, während „Flinten-Uschi“

von der Leyen die Abwrackprämie für die Bundeswehr einführt und IT-Experte Axel Voss Uploadfilter mit 5G-Standard von Huawei installieren lässt. Frische Ideen findet man auch in der Jungen Union, wie etwa Krawattenpflicht in der Schule oder Gartenzwerge für alle – der Leitkultur zuliebe.



Obwohl wir uns bei Redaktionsschluss nicht ganz sicher waren, ob es zur Veröffentlichung der Zeitung die folgende Kleinpartei noch gibt, wollten wir sie der Vollständigkeit halber trotzdem nennen: die SPD. Die alte Dame unter den Parteien kennen die meisten jungen Menschen nur noch aus dem Geschichtsunterricht. Das verbliebene Häufchen SPD-Wähler (soll es in den tiefsten Ecken des Ruhrgebietes tatsächlich noch geben) trauert alten Umfragewerten und Altkanzler Gerhard Schröder hinterher. Besonders seine Hartz-Reformen haben die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ auf einem zuvor nie geahnten Niveau sozial geprägt.

Partytiere sollten sich schon seit geraumer Zeit eine andere Partei suchen: SPD-Wahlabende machen ungefähr so viel Spaß wie eine Zahn-OP ohne Narkose von einem Erstsemester im Fach Maschinenbau durchgeführt. Experten munkeln, bei den Grünen sähe das jüngst ganz anders aus.

Die SPD hat bundesweit etwa 45 Mitglieder, einen Parteiflegel – dieser Kevin Kühnert – sowie ein stündlich rotierendes Prinzip für den Parteivorsitz. Jeder darf einmal, der will.

Um Missverständnisse vorzubeugen: „Kanzlerkandidat“ nennen die Genossinnen und Genossen den künftigen Außenminister und/oder Oppositionsführer. Eine „Große Koalition“ geht die SPD natürlich nur ein, wenn es wirkliche Chancen gibt, das Land zu verbessern. Wer will denn schon ausschließlich an der Macht bleiben?!

Und so dümpelt die sympathische rote Randgruppe in den Umfragen dahin. Doch wer soll die Partei retten? Die Antwort ist: Martin Schulz. Nein, Moment. Olaf Scholz? Katharina Barley? Ach nein, die wurde ja nach Europa abgeschoben. Am Ende wird es Andrea Nahles raushauen. Vielleicht kriegt aber auch sie nur ordentlich „auf die Fresse“.

Doch die SPD hat immerhin etwas erreicht: Sie schafft es, inhaltlich für weniger zu stehen als die CDU. Respekt!



Februar 2013. In Deutschland herrschte Elend und Chaos. Brennende Mülltonnen lagen verstreut in den postapokalyptischen Straßen, die Union hatte ein Rekordtief im Parlament und Britney Spears war auf Platz eins der deutschen Charts. Zwei Legislaturperioden Angela Merkel hatten sichtlich ihre Spuren hinterlassen. Inmitten all der Unruhen ergriffen 18 tapfere und recht konservative Krieger die Gelegenheit und gründeten in der Christuskirche in Oberursel eine Partei – eine Partei, den Euro zu knechten, die Wähler zu finden, ins Dunkel zu treiben und ewig zu binden. Der Name dieser Tafelrunde sollte sich (im Gegensatz zu den Namen der Gründungsmitglieder... Kennt hier irgendjemand noch Bernd Lucke?!) für immer in die Köpfe der Leute brennen, und ihr Logo auf sämtlichen Nike-Artikeln zu sehen sein: Geboren war die „Alternative für Deutschland“.

Noch im selben Jahr übernahm die Partei unter dem Mantra „Ein Volk. Ein Reich. Eine Alternative.“ beinahe die Kontrolle über den Bundes-

tag. Als stärkste Gegner ihres Blitzaufstiegs erwiesen sich der Mangel an Reichstagsbränden sowie die Fünf-Prozent-Hürde. Für die nächste Bundestagswahl 2017 konnte die AfD in vier Jahren Pubertät, voll von unüberlegten Äußerungen und innerparteilichen Konflikten, schließlich genug besorgte Bürger zusammenschleppen, um als drittstärkste Kraft ins Parlament einzuziehen. Dort erklärte sie auch gleich der Regierung als stärkste Oppositionspartei den totalen Krieg und begann damit, „sie zu jagen“. Hier wurde es schließlich selbst Bundessprecherin Frauke Petry zu braun, äh, zu bunt, weshalb sie die Partei verließ.

Welche Werte die AfD konkret vertritt, wird weder rational denkenden Menschen noch Parteimitgliedern schnell ersichtlich. Nach ausgiebigen Analysen einiger Reden von Bernd Höcke, Alice im Weidelland, Beatrix mit Storch und dem Großvater mit Tweed und Hundekrawatte scheint es sich jedoch um Werte, die sich nach den Maximen „Deutschland gut“ und „alles andere schlecht“ (*Anmerkung der Redaktion: „alles“ meint hier natürlich keineswegs alles; lediglich den Euro, die EU, Feminismus, Juden, Muslime, Flüchtlinge, Homosexuelle, Freiheit, und Leute, die im Holocaust mehr als nur einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte sehen) richten, zu handeln.*

Dieser Informationstext bezieht sich nur auf die Alternative für Deutschland. Alle Assoziationen zu vergangenen Parteien der deutschen Geschichte sind rein zufällig und nicht beabsichtigt.



Als pünktlich zum ersten Januar 1979 der Planet Liberalon aufgrund von kleineren Differenzen mit der Interstellaren Steuerbehörde vernichtet wurde, konnte der verstoßene Wissenschaftler Jor-El sein einziges Kind gerade rechtzeitig mit einem Porsche 911 evakuieren. Sechs Tage später landete dieser mit gelb-

blauem Superheldenumhang in Wuppertal und das Kind, welches zum Retter der freien Marktwirtschaft heranwachsen sollte, wurde von einer freundlichen Familie aufgenommen. Ihm wurde der Name Christian Lindner gegeben.

Mit 16 Jahren trat Christian Lindner den Jungen Liberalen bei, ganz zeremoniell durch gegenseitiges Verknoten der geschulterten Kaschmirpullover und gemeinsames Brechen von Hummerscheren. Parallel zu der Gründung eines Unternehmens, welches kurze Zeit später insolvent ging, widmete sich Christian Lindner, frei nach dem Motto „I guide others to a treasure I cannot possess“, weiterhin voll und ganz der Politik. Diese Entscheidung war der Startschuss zu Christian Lindners rasantem Aufstieg der Karriereleiter: Einzug für die FDP in den NRW-Landtag als jüngster Abgeordneter. Sieben Jahre lang. Dann Aufstieg in den Bundestag. Nach weiteren zwei Jahren Generalsekretär der FDP. Und heute?

Heute ist Christian Lindner seit sechs Jahren Bundesvorsitzender der Partei. In dieser Position setzt sich Christian Lindner vor allem für humanitäre Zwecke wie die Befreiung der oberen Schichten von dem Joch der Steuern, den Schutz einfacher Fabrikanten vor raffgierigen Arbeitern, Parteifarben, die zu Christian Lindners Krawatten passen, das Recht für alle Kinder, freitags zur Schule gehen zu dürfen, und für alleiniges Mitspracherecht für echte Profis in der Politik ein.

Der einfache Spießbürger mag sich nun fragen, ob bei so einer glorreichen Laufbahn überhaupt noch Freizeit bleibt. Nein, tut sie nicht! Denn der arme Christian Lindner konnte aufgrund Christian Lindners Ausbildung für den Jagdschein, die Motorsport-Rennlizenz und den Sportbootführerschein kaum ein Auge zu tun. Davon abgesehen dürften Christian Lindner die vergangenen Koalitionsverhandlungen mit CDU, den Grünen und ein Jahr später auch mit Christian Lindners Frau schwer zu schaffen gemacht haben. Beide Verhandlungen beendete Christian Lindner mit den Worten: „Es ist besser,

nicht zu regieren, als falsch zu regieren!“. Immerhin scheint Christian Lindner zuhause nun eine passende Koalition, nämlich mit einer RTL-Journalistin, eingegangen zu sein.

DIE LINKE.

Auferstanden aus Ruinen formierte sich nach dem Zerfall der einstigen DDR-Diktatur-Partei SED 1990 die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS). Wer hier einen einfachen Etikettenschwindel vermutet, liegt natürlich völlig falsch. Denn die PDS musste fortan ohne das geliebte SED-Vermögen, angehäuft in 40 Jahren Diktatur, auskommen und auf ein nicht sehr spendenfreudiges, ostdeutsches Wählerklientel setzen. Als marxistisch-sozialistische Partei vertrat sie stets die Interessen einfacher Arbeiter sowie ehemaliger SED- und Stasi-Funktionäre.

Gemeinsam mit der westdeutschen WASG entwickelte sich die PDS 2007 weiter zur neuen Einheitspartei des linken Parteispektrums mit der kreativlosen, wenn auch passenden Bezeichnung „Die Linke“, was zum einen für mehr Wahlerfolge im Westen und zum anderen für noch mehr Talkshow-Präsenz bei ARD und ZDF führen sollte.

Mit historisch bedingten größten Sympathien für die russische Außenpolitik fordert die Linke den Austritt Deutschlands aus der NATO und den Eintritt in die russische Gazprom. Hartz IV soll ersetzt werden durch ein bedingungsloses Bürgergeld, finanziert durch jeden, der mehr verdient als Katja Kipping. Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern, Asylanten und Wutbürgern oder islamistischen Terroristen und deren diversen potentiellen Opfergruppen sollen gelöst werden durch gemeinsames Blockflötenspiel und Stuhlkreise mit Ich-Botschaften. Gewalt sei generell abzulehnen – mit eher als neckischem Spaß gemeinten Ausnahmen am 1. Mai und bei G20-Gipfeln.

In den neuen Bundesländern schon längst als große Volkspartei neben der AfD etabliert, gelingen der Linken im Westen die ganz großen Sprünge bisher jedoch noch nicht. Zu groß ist die kapitalistisch motivierte Angst vor der roten Gefahr aus dem Osten. Partei-Außenseiterin Sahra Wagenknecht kam deshalb 2018 auf die Idee, dass man ja erst einmal „Aufstehen“ müsse, weshalb laut eigenen Angaben etwa 100.000 Menschen diesem Aufruf folgten. Wohin es aber, nun seit einiger Zeit stehend, schließlich weitergehen soll, wurde dabei noch nicht verraten.

Da kritische Beobachter hier vor allem einen Machtkampf innerhalb der Linken vermuten, hat die Partei nun neben dem Kapitalismus, der SPD und jeder Regierungsverantwortung offiziell ein viertes Feindbild: Sahra Wagenknecht.

In treuer Ausübung unserer Bürgerpflicht wurde eine Kopie dieses Textes übrigens auch dem Verfassungsschutz zugesandt.



Die 1980 gegründete Öko-Partei „Die Grünen“, welche zehn Jahre später mit dem Bündnis 90 zu einer neuen Volkspartei fusionierte, ist eigentlich wie die FDP – nur

mit mehr Gesticke und weniger gepflegten Haaren.

In ihren Anfangsjahren jagten sie den alteingesessenen Parteien noch einen Heidenschrecken ein, indem sie mit Turnschuhen, Jeans und Strickwolle in den Bundestag einzogen und dort zu einem Sammelbecken für Steinewerfer und halb-intellektuelle 68er auf der Suche nach neuen Herausforderungen wurden.

Spätestens seit ihrer ersten Koalition 1998 munkelten sie aber hinter vorgehaltener Strickmütze, dass ihr billiges Ablenkungsmanöver mit all der Umweltpolitik eventuell aufgefliegen und der

rein ideologische Kurs in echter Regierungsverantwortung möglicherweise schwer beizubehalten sei. Böse Zungen behaupten, der auf Jahrzehnte hinausgeschobene Atomausstieg und der erste deutsche Kriegseinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg hätten dabei geholfen, das Grüne hinter den Ohren der Partei nach und nach wegzuputzen.

Man könnte also meinen, die Grünen hätten es geschafft, ihre Randthemen wie Bienensterben, Frauenquoten und Pazifismus beiseitezulegen und zu fast so etwas wie einer echten, pragmatischen Partei zu werden. Spaß! Verbote sind die ultima ratio für die Gendersternchinnen und -sternchen rund um die Doppelspitze der Partei, Robert Habeck und, äh, die andere, Sie wissen schon, die lächelnde Frau von all den Plakaten. Von täglichem Fleischkonsum über Rüstungsgeschäfte und waffenfähige Drohnen für die Bundeswehr wollen die Grünen alles verbieten, was Spaß macht.

Während man früher die Grünenwähler*innen häufig an ihrem Boykott von Rasierern und Schminke sowie den Jutebeuteln erkannte, zeichnet sich die heutige Wählerschaft durch ein gutbürgerliches Leben in den Speckgürteln der Großstädte aus, wo mit SUV vor der Schule vorgefahren und anschließend bei Alnatura eingekauft wird. Um den ökologischen Fußabdruck vor dem Urlaubsflug nach Bali möglichst klein zu halten, darf der wütende Twitter-Post zur Rettung des Hambacher Forsts natürlich nicht fehlen.

Marlena Bender, Maximilian Groß, Julius Hahnwald

Themen in der nächsten Ausgabe:

- Wie spicke ich richtig im Abitur? Lehrer geben Insidertipps.
- Lehramt – und dann? Die besten Berufsalternativen für Referendare.
- Wie sinnvoll ist die doppelte Widerspruchslösung bei der Samenspende? Biolehrer klären auf.
- Homo Faber vom Lehrplan gestrichen. Wie homophob ist unsere Schule?
- Will die SPD Eigentum verstaatlichen? Bad Homburger Friseurin fürchtet um ihre Villa.